

Kiel 21



WIR in Kiel

**Alle Kinder
essen `ne Wurst
auf der
Kieler Woche
außer Gaby
die ist arm**

“Kinder haben Rechte.”

**“Sie zu achten und zu schützen,
ist auch Aufgabe der Kommunalpolitik.”**

**“Darum anerkennt die Landeshauptstadt Kiel
die UN-Kinderrechtskonvention.”**

**Quelle: Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in der
Landeshauptstadt Kiel**

Kiel - die kinderfreundliche Stadt

Inhalt

FRISCHER WIND FÜR UNSER KIEL

Wer sind wir? 4

WENN AUS EINER STADT EIN UNTERNEHMEN WIRD

... dann weicht das Gemeinwesen
einem Profitcenter! 5

BÜRGERBETEILIGUNG ALS FARCE

..... 6

BETEILIGUNG ODER ALIBI?

..... 6

SLOGAN FÜR 100000 EURO ZU VERKAUFEN

Fördestadt Kiel – da geht viel! 7

KIELER SOZIALSTAFFEL

Ungerechtigkeit,
die zum Himmel schreit 8

WARUM DIE KIELER SOZIALSTAFFEL GEÄNDERT WERDEN MUSS

..... 8

STADTPOLITIK OHNE SOZIALEN AUSGLEICH

Kein zukunftsfähiges Konzept 9

KANN KREATIVITÄT KOMMERZ KREIEREN?

Nenn dich nicht
selbst kreative Stadt 10

KIEL- DEUTSCHLANDS EINZIGE LANDESHAUPT- STADT AM MEER

..... 11

ADIEU MADAME

Eine Wirtschaftdezernentin ohne
Visionen 11

Ein Kampf um Bahnhöfe und vornehme Adressen

In der schwäbischen Landeshauptstadt Stuttgart gehen zehntausende Bürgerinnen und Bürger seit Wochen und Monaten gegen die Tieferlegung des Bahnhofs auf die Straße. Mit Milliarden Steuergeldern sollen riesige Gleisflächen des Kopfbahnhofs für private Immobilieninvestoren frei geräumt werden. Ein Ziel, das mehr schlecht als recht mit verkehrspolitischen Zielen zu kaschieren versucht wird. Der Bürgerprotest gegen Stuttgart 21 steht vor diesem Hintergrund beispielhaft für eine Frage, die immer häufiger in stadtpolitischen Konflikten gestellt wird, auch in Kiel: Wem gehört eigentlich die Stadt?

Großprojekte sind Kennzeichen einer Stadtentwicklungspolitik, die vorbei an den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern allein auf wirtschaftliche Entwicklung setzt.

Auch in Kiel wird an diesem alles bestimmenden Rad gedreht: Im neuen Haushalt der Stadt Kiel sind für ein Zentralbad an der Hörn, das inzwischen Sport- und Freizeitbad Kiel genannt wird, vier Millionen Euro eingestellt. Der Spaß hat seinen Preis. Wer weiß wie viel das Bad am Ende kosten wird? Für den Bau dieses Bades gibt es übrigens bis heute weder Ratsbeschluss noch Kostenkalkulation, aber es wurde bereits ein Architektenwettbewerb durchgeführt. So werden Sachzwänge produziert.

Prestigeprojekte wurden und werden oftmals damit begründet, man wolle Geld in die Stadt holen. Wie wenig das geklappt hat, zeigt die bittere Erfahrung mit dem Maritimen Science Center, für das es nie eine wirkliche Chance gegeben hat und das von

Beginn an zum Scheitern verurteilt war. Trotzdem wollte die Stadt 6,4 Millionen Euro investieren. Inzwischen wurde das Projekt zu Grabe getragen und die Stadt Kiel hat 2 Millionen Euro in den maritimen Wind geblasen. Außer Spesen nichts gewesen? Doch das Geld fehlt sonst an allen Ecken und Enden.

Typisch für neoliberale Stadtentwicklung ist auch die Aufwertung citynaher Stadtteile, die zur Verdrängung der dort lebenden Bevölkerung führt; in der Stadtgeografie nennt man diesen Prozess „Gentrifizierung“.

Eine Stadt wird nicht durch Standortwerbung attraktiv, sondern durch ihr Erbe, ihre Identität, ihre Kultur und ihr aktuelles Handeln. Das schließt nicht aus, dass sie sich neu erfindet – im Gegenteil. Gerade die allerorten anzutreffende Vereinheitlichung der Innenstädte als Folge der sogenannten Globalisierung bietet Chancen für Einzigartigkeit. Die wird es allerdings nur geben, wenn man sich auf die Kräfte der örtlichen Wirtschaft sowie die der Bürgerinnen und Bürger Kiels von heute stützt. Dieses Potential anzunehmen, ist die strategische Herausforderung der Kieler Stadtpolitik.

Wir wollen den Dialog mit Ihnen lieber heute führen, als später an kalten Wintertagen gegen Steuergeldverschwendung protestieren zu müssen, wie in Stuttgart. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen und sind gespannt auf Ihren Ideen und Vorschläge.

Die Stadt gehört allen!

IMPRESSUM:

WIR in Kiel – Postfach 6275, 24123 Kiel
V.i.S.d.P. Monika Dullo, Postfach 6275, 24123 Kiel
info@wirinkiel.net, www.wirinkiel.net

Titelfoto: aspooner „Blick über den kleinen Kiel“, CC-Lizenz (BY 2.0)
<http://www.piqs.de/fotos/search/Kiel/40724.html>, Quelle: www.piqs.de

Wenn aus einer Stadt ein Unternehmen wird ...

... dann weicht das Gemeinwesen einem Profitcenter!

Natürlich darf man das nicht einfach so sagen – zumal nicht als Oberbürgermeister oder als dem Kieler Marketing vorstehende Wirtschaftsdezernentin. Also sucht man wie Hunderte anderer Städte sein Heil in vermeintlichen „Zauberworten“. Zauberworte, schrieb Montaigne, sind Worte, die alles Fragwürdige in Ausrufezeichen verwandeln. Die Zauberworte heute lauten „Standort“, „Wettbewerb“, „Finanzierbarkeit“, „Wissenschaft“, „Dienstleistungswille“, „Servicebereitschaft“. Keine Zauberworte sind „Gerechtigkeit“ oder „Solidarität“. Wenn Kiels Bürgerinnen und Bürger diese Zauberwörter hören, müssen sie sich warm anziehen, dann darf nicht einmal hinterfragt werden, weil der Schuldenberg der Stadt natürlich keine Alternative zulässt. Ganz besonders schwierig werden die Zeiten immer dann, wenn die politischen Parteien im Rat etwas durchsetzen wollen – und das „schnell und unbürokratisch“ und ohne öffentliche Diskussion. Um die schwierige Situation zu meistern, werden Pakete geschnürt und Maßnahmen durchgeführt, die dann schmerzhaft, aber notwendig sind.

Schluss mit Gemeinwesen und Sozialverträglichkeit; die Stadt ist ein Unternehmen und muss sich dem globalen Bürgermeisterwettbewerb stellen. Dazu wird das Unternehmen Stadt in jedem Bereich, gleich ob in Wissenschaft, Kultur oder Stadtentwicklung, wettbewerbsorientiert, effizient und auf Profit ausgerichtet.

Die Politik, also die Instanz, auf die Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen können, zieht sich zurück und öffentliche Aufgabenbereiche werden privatisiert. Handelskammer, Sparkasse und Investoren bestimmen, wie gearbeitet und was gefördert wird, während die klamme Stadtkas-

se Geld und Infrastruktur bereitstellt und die Kiel Marketing GmbH am Image arbeitet. Das ist der Beginn der Entdemokratisierung der Stadt. Weder über das Leitbild als Unternehmen Kiel haben die Bürgerinnen und Bürger abgestimmt, noch über die gesamte Neuausrichtung. Die Verschuldung Kiels sollte mit dem Verkauf städtischen (öffentlichen) Eigentums begegnet werden und so verkaufte die Stadt Kiel, beraten von internationalen Schwergewichten wie Freshfields, Bruckhaus, Deringer u.a., Wohnungen und 51% der Stadtwerke. Hat nicht funktioniert: die Schulden sind geblieben – aber die öffentliche Kontrolle ist weg!

Jetzt bündelt die Kiel Marketing GmbH, deren Vorstand nicht demokratisch gewählt wurde, „die Kräfte und baut PPP Strukturen“* auf. Kein Wunder, hat doch die ehemalige Wirtschaftsdezernentin Ute Berg noch im März 2009 als Bundestagsabgeordnete einen Antrag unterschrieben, der sich für die nachhaltige Verankerung von PPP ausspricht.

Egal ob Grundstücke, Freiflächen, Wohnhäuser – „Kiel.Sailing.City“ überlässt es profitorientierten Nutzern zur Bewirtschaftung. Aus einigen Wohnvierteln sind mittlerweile „Quartiere“ geworden, die vom Büro „Soziale Stadt“ gemanagt werden. Auch dahinter steckt ein Unternehmen – die „STEG“ (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH). Der STEG Slogan lautet „Wir verändern Städte“. In der Tat – fragt sich nur wie? In Kiel galt Gaarden bislang als gefährlicher Stadtteil mit Kriminalität und Drogen und das trotz der unermüdlichen Projektarbeit von Sozialer Stadt und Jobcenter.

Jetzt werden alle Kräfte gebündelt, um eine Aufwertung des Stadtteils zu betrei-

ben – allerdings lässt die Ausrichtung deutlich erkennen, dass mit der Aufwertung auch die Einwohnerschaft ausgetauscht wird. Der Lebensraum vieler Bürgerinnen und Bürger wird immer kleiner. Eine städtische Lobby für arme Kinder, Normal- und Geringverdiener oder gar für Hartz IV Empfänger gibt es nicht. Hier gilt es vielmehr die Gruppen zu trennen, damit sie nicht merken, wie nahe sie beieinander sind.

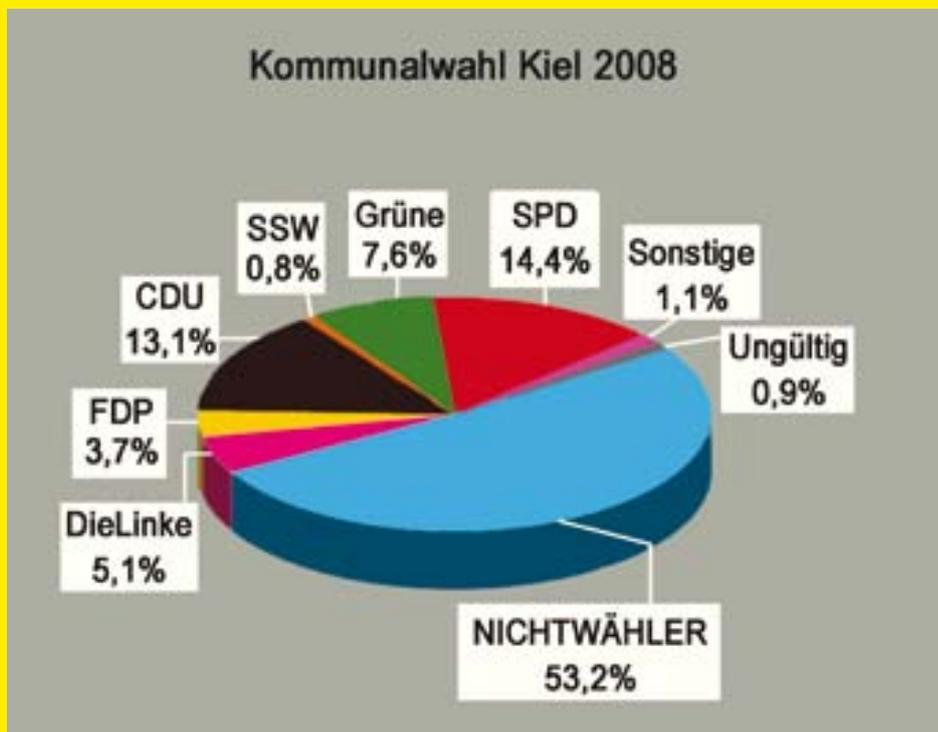
Das Unternehmen Stadt rollt für Investoren den roten Teppich aus, stellt Flächen bereit, hilft beim Bau und trägt am Ende alle Risiken. Wir verstehen nicht, dass es ein Vorteil ist, dass Schulen in Zukunft privaten Betreibern gehören, von denen wir sie mieten. Wir wollen nicht, dass diese Stärken weiter gestärkt werden, weil viele Kielerinnen und Kieler dabei immer schwächer werden.

Wenn das „Unternehmen Kiel in den letzten Jahren etwas produziert hat, dann ist es Armut. In Kiel lebt ein Drittel aller Kinder in Armut. In Kiel gibt es viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse, eine im Vergleich hohe Zahl von 1-Euro-Jobbern und neue Zentren der Barmherzigkeit mit den Tafeln. Wie andere Städte ist Kiel auf dem Weg zu Räumen für Gutverdiener und Räumen für Arme mit Puffern zwischendrin. Schöne Slogans können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Marketingstrategie des Unternehmens Kiel arme Kinder und arme Erwachsene billigend in Kauf nimmt. Doch die Unzufriedenheit in der Stadt wächst, immer mehr Kielerinnen und Kieler treten ein für ihre Stadt – eine Stadt für alle.

*http://www.stadtmarketing-kiel.de/Philosophie/Philosophie_2.html



Bürger und Politiker entfernen sich voneinander; die soziale Basis der Politik nimmt ab. Dies ist an sinkender Wahlbeteiligung und dem Rückgang der Mitgliedschaften in Parteien und Gewerkschaften abzulesen. Eine Legitimation haben die kommunalen Vertreter der Parteien in Kiel nur noch von 45,9 % der Wahlberechtigten; weit mehr als die Hälfte der Kielerinnen und Kieler sind damit nicht mehr repräsentiert. Das Prinzip der Bürgerbeteiligung und die ursprüngliche Funktion der Parteien in der Demokratie bleiben auf der Strecke. Wenn Parteien nur „alternativlos“ oder „unabwendbar“ agieren können, dann fragt sich die Mehrheit der Kieler Wahlberechtigten zu Recht, wozu sie ihre Stimmabgabe bei „zwangsläufigen“ Entwicklungen noch gut sein soll. Wenn es keine Alternative gibt, wozu also wählen? Oder weiß die Mehrheit mittlerweile, dass die Parteien, die vor Ort Krokodilstränen über kommunale Entwicklungen weinen, die gleichen sind, die diese Entwicklungen im Bund beschlossen haben und wählen deshalb nicht?



Was Demokratie auszeichnet, sind Alternativen – WIR in Kiel sind eine!

Frischer Wind für unser Kiel

Wer sind WIR?

WIR in Kiel sind Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen der Stadt, aus allen politischen und sozialen Schichten. WIR in Kiel sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Berufstätige und nicht Berufstätige. WIR sind engagierte Menschen, deren Überzeugung es ist, dass demokratische Entscheidungsfindung und offene Projektplanung der beste Weg zu einer lebenswerten und bürgernahen Stadt sind. WIR in Kiel unterscheiden uns politisch grundlegend von den im Kieler Rathaus vertretenen Parteien, die sich überwiegend ihren Programmen auf Bundes- und Landesebene unterordnen müssen – auch wenn es für die Stadt Kiel katastrophale Folgen hat.

Was ist los in Kiel?

Entgegen allen Beteuerungen wird kommunale Politik zunehmend über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger gemacht. Die Verantwortlichen haben das „Unternehmen Stadt“ ausgerufen, dementsprechend prägen kurzfristige Renditeberechnungen die Entscheidungen. So hat der Verkauf der

Kieler Stadtwerke auf erschreckende Weise gezeigt, wie rasch der Einfluss der Kommune verloren geht, das Grundrecht jedes Einzelnen auf Wasser zu schützen. Alternative Planungen werden meist erst gar nicht aufgezeigt, geschweige denn diskutiert. Hier kommt auch kommunal die billige Rhetorik „Es gibt keine Alternative“ zum Einsatz. Allein der Gebrauch dieser Argumentation ist ein Verstoß gegen die urdemokratische Regel, eine Alternative zu haben. Kein Wunder also, wenn Kielerinnen und Kieler immer häufiger mit Empörung oder Politikverdrossenheit reagieren, die in der erschütternd geringen kommunalen Wahlbeteiligung ihren Ausdruck findet.

Was wollen WIR in Kiel?

WIR in Kiel wollen Einfluss nehmen auf die Entscheidungen in unserer Stadt durch eine geregelte und gut funktionierende Bürgerbeteiligung. Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollen über das Wohl Kiels entscheiden – und nicht leitende Angestellte der Stadt oder Runde

Tische und andere nicht von den Wählerinnen und Wählern legitimierte Gremien. WIR in Kiel wollen rechtzeitig transparente Informationen über Planungsvorhaben, um sie auf den Prüfstand zu stellen, nämlich ob sie den Interessen von Großinvestoren zu deren Gewinnmaximierung oder dem Allgemeinwohl dienen. Die Wählerinitiative WIR in Kiel richtet sich an alle, die sich nicht durch die herrschende Politik entmutigen lassen, sondern für eine demokratische und soziale Stadt und für eine solidarische Gesellschaft eintreten wollen. Wenn Sie für die Entwicklung unserer Stadt Kiel in Verantwortung auch für künftige Generationen eintreten wollen, sind Sie bei uns richtig. Wir gestalten Politik mit offenen Strukturen; jede und jeder ist eingeladen, sich aktiv zu beteiligen. Wir freuen uns auf Ihr Engagement.

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage: www.wirinkiel.net oder schreiben Sie uns:

Bürgerbeteiligung als Farce

Zur Gestaltung des Vinetaplatzes wird zwar eine Beteiligung durchgeführt, allerdings wird den anwesenden Bürgern der Verfahrensablauf nicht vollständig erläutert. Im Beteiligungsverfahren dürfen allerdings nur Planungseinzelaspekte durch die Vergabe weniger Punkte bewertet werden. Das grundlegende Ob und Wie ist längst entschieden. Eine Kinder- und Jugendbeteiligung ist zunächst überhaupt nicht vorgesehen. Erst durch den Hinweis auf die drohende Rechtswidrigkeit wird ganz kurzfristig ein Beteiligungsverfahren für Kinder durchgeführt.

Trotz anderslautendem Ortsbeiratsbeschluss werden aus Parkbänken für Ältere, Gehbehinderte und Familien auf dem Vinetaplatz auf Betreiben der Verwaltung unbequeme Ein- und Zweisitzer. Nach massiver Kritik von Bürgern und von Ratsfrau Zimmermann (Ratsfraktion Direkte Demokratie) macht die Stadt einen Rückzieher; der Ortsbeirat beschließt zum zweiten Mal die Aufstellung bequemer Bänke. Laut Aussage im Ortsbeirat Gaarden will die Verwaltung Geschäftsleute am Vinetaplatz befragt haben, die sich gegen die Aufstellung bequemer Sitzmöglichkeiten ausgesprochen haben wollen. Fragt sich nur: wann, wer, wo? Und: gibt es ein Protokoll darüber? Eine Stichprobe unter Geschäftsleuten am Vinetaplatz durch Engagierte der Stadtteilinitiative Gaarden zeigt jedoch, dass selbst die wenigen ablehnenden Stimmen eine differenzierte Haltung haben.

Bei der Beteiligungsveranstaltung Park zum Brook wollen anwesende Jugendliche die Errichtung einer Kletterkonstruktion für Kinder. Der Wunsch nach dem Spielgerät wird als zu teuer abqualifiziert. Im Nachhinein werden jedoch Gelder frei, u.a. aus dem Konjunkturpaket II, die auf Biegen und Brechen in Gaarden verbaut werden sollen. Das wird ausgenutzt: Einen Brückenneubau und Abriss der alten Brücke wollte auf der Beteiligungsveranstaltung niemand. Dennoch gelangt der Brückenneubau in der Vorplanung des Architektenbüros und wird von Politik und Verwaltung durchgesetzt. Eine viertel Million für etwas, das (fast) niemand wollte - sowas ist teuer.

Die Beteiligung im Grundsätzlichen

Grundlegende Ansätze zur Gestaltung als Diskussionsansatz werden unterbunden; allenfalls geht es um Einzelaspekte. Grundsätzliche Überlegungen oder Alternativen werden nicht berücksichtigt bzw. entstellend verwässert. Formale Entscheidungswege werden nicht beachtet. So erfolgte die Beschlussfassung zur Brücke im Brook im Ortsbeirat Gaarden unter dem Tagesordnungspunkt Vinetaplatz. Im Ortsbeirat wurde dann auf Zuruf der Verwaltung ein ungültiger Beschluss gefasst. Formale Rechte sind allerdings nicht beliebig!

Für eine sinnvolle Beteiligung ist eine transparente Informationspolitik nötig; dabei sind die rechtzeitige Bekanntgabe von Tatsachen, Fakten - eben der Wahrheit - unabdingbar. Zwar wird der Zeitdruck gern bemüht, um diskussionslos Vorhaben durchzuwinken, dennoch werden Vorplanungsunterlagen immer wieder bei der Verwaltung liegengelassen, ehe sie endlich auf Anfrage den Ortsbeiräten zur Verfügung gestellt werden. Bürgern und Ortsbeirat bleibt so nur wenig Zeit zur Stellungnahme. Bürgermeister Todeskino (B90/Die Grünen) erzählt Anwohnern, die Stadt müsse Grund verkaufen, um Kindergartenplätze zu finanzieren. Dieser direkte Zusammenhang ist frei erfunden.

Der Gipfel der Farce wird erreicht, wenn genehme Minderheitenpositionen als Mehrheitspositionen umgedeutet - oder aber andere Minderheitenpositionen denunziert werden und dafür noch kleinere Minderheiten zum Zuge kommen. Wenn es passt, werden aber durchaus auch Mehrheiten ignoriert oder auch frei erfunden, wie die Frage der Versiegelung des Vinetaplatz zeigt. Ratsherr Schmalz (SPD) sprach in der Ratsversammlung, eine Mehrheit auf der Bürgerbeteiligungsveranstaltung will eine neue Brücke im Brook haben. Falsch! Die Protokolle der STEG (Büro Soziale Stadt) belegen, dass es weder diese Mehrheit, noch diesen Wunsch gab.

Beteiligung – oder Alibi?

Bei der Mitbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, gilt es zu fragen, wie die Beteiligung tatsächlich aussieht und welche Rolle den "Beteiligten" zugewiesen wird:

Manipulation/Fremdbestimmung: Die Menschen werden angehalten, Dinge zu tun oder zu unterlassen. Über Inhalte, Arbeitsformen und Ergebnisse des Anliegens bestimmen die Initiatoren. Alles an dem Projekt ist hier fremddefiniert.

Dekoration: Die Beteiligten sind die "Dekoration" für das von den Initiatoren bestimmte Handeln. Sie sollen lediglich der Legitimierung dienen.

Alibi-Beteiligung: Hier nehmen die Beteiligten an einer Veranstaltung, einer Konferenz usw. teil. Sie haben aber nur scheinbar eine Stimme. Zweck ist es, ein positives Bild zu vermitteln und es geht nicht darum Einfluss zu geben.

Teilhabe: Auf dieser Stufe sind die Beteiligten auf Entschluss der Initiatoren an Aktivitäten beteiligt und haben über die bloße Teilnahme hinaus die Möglichkeit eines gewissen sporadischen Engagements, bzw. es wird eine eingegrenzte Beteiligung zugestanden.

Zugewiesen aber informiert: Hier wird ein Projekt von Initiatoren vorbereitet, die Beteiligten sind jedoch von Beginn an informiert, verstehen worum es geht und wissen, was bewirkt werden soll.

Mitwirkung: Die Beteiligten dürfen durch indirekte Einflussnahme eigene Vorstellungen oder Kritik äußern. Bei der vorausgehenden Vorbereitung und bei der Umsetzung der Maßnahme haben sie allerdings keine Entscheidungskraft.

Mitbestimmung: Alle im Entscheidungsprozess sind gleichberechtigt. Der Impuls geht zwar auch hier von den Initiatoren aus, aber Entscheidungen werden gemeinsam und demokratisch mit den Beteiligten getroffen.

Selbstbestimmung: Die Initiative geht von den Bürgerinnen und Bürgern selbst aus und auch die Entscheidungen werden von ihnen getroffen.

Slogan für ca. 100.000 Euro zu verkaufen: Förderstadt Kiel – da geht viel!*

Ach, Sie meinen, so einen Spruch hätten Sie auch grad noch hinbekommen?! Sind Sie etwa Marketingexperte? Aber wahrscheinlich haben Sie nicht so tolle Sprüche auf Lager wie: Kai-City, Referenzpunkt oder Überkompensation ...

Wenn Städte wie Unternehmen geführt werden, dann brauchen diese als Hersteller des Produktes „Stadt“ neben einer Unternehmensberatung durch PriceWaterhouseCoopers oder Kienbaum folgerichtig auch Reklame, ergo das Gewächs der Werbeagenturen. Der Vorteil für die politisch Verantwortlichen die gewählt wurden, um tragfähige Pläne zu entwickeln, ist: sie können – falls jemand missliebige Kritik äußern sollte – mit dem Finger auf die extern Beauftragten zeigen und sich galant der Verantwortung entziehen. Dann lässt sich's auch in der nächsten Wahlperiode ballastfrei antreten. Fraglich ist nur, wozu brauchen wir noch ein Kommunalparlament und eine Stadtverwaltung, wenn der Sachverstand ohnehin meist nur außerhalb des Rathauses zu finden ist? Und worin genau liegt der Sinn, jede Menge Steuergeld für wirkungslose Werbekampagnen zu verschleudern? Für Sätze wie diesen:

„Marken bedürfen einer eindeutigen Profilierung, um auch nicht offensichtliche Assoziationen selbstverständlich transportieren zu können, so dass sie sich dem Rezipienten offensichtlich erschließen.“* hat die Stadt Kiel allen Ernstes das Geld ihrer Bürger ausgegeben!

Wollen Hamburgs Imagestrategen die „internationale Attraktivität der Stadt“ steigern, dann machen das Kiels einfallsslose Verantwortliche eben auch. Selbst wenn es ins Groteske geht, wie das nächste Beispiel der Homepage der Stadtmarketing GmbH Kiel zeigt: „Städtebauliche Defizite gegenüber anderen Städten werden durch innovative und attraktive Handlungsweisen überkompensiert.“ Ja, da klappt einem doch die Kinnlade runter – überkompensiert! Was ist das? Besoffen-wahnsinniger Sonnenstich? Oder ungewollt ehrliche Beschreibung des eigenen Handelns? Die Psychologie sagt, dass „Überkompensation“ ein deutlicher Indikator für neurotische Störungen und soziale Rücksichtslosigkeit ist.

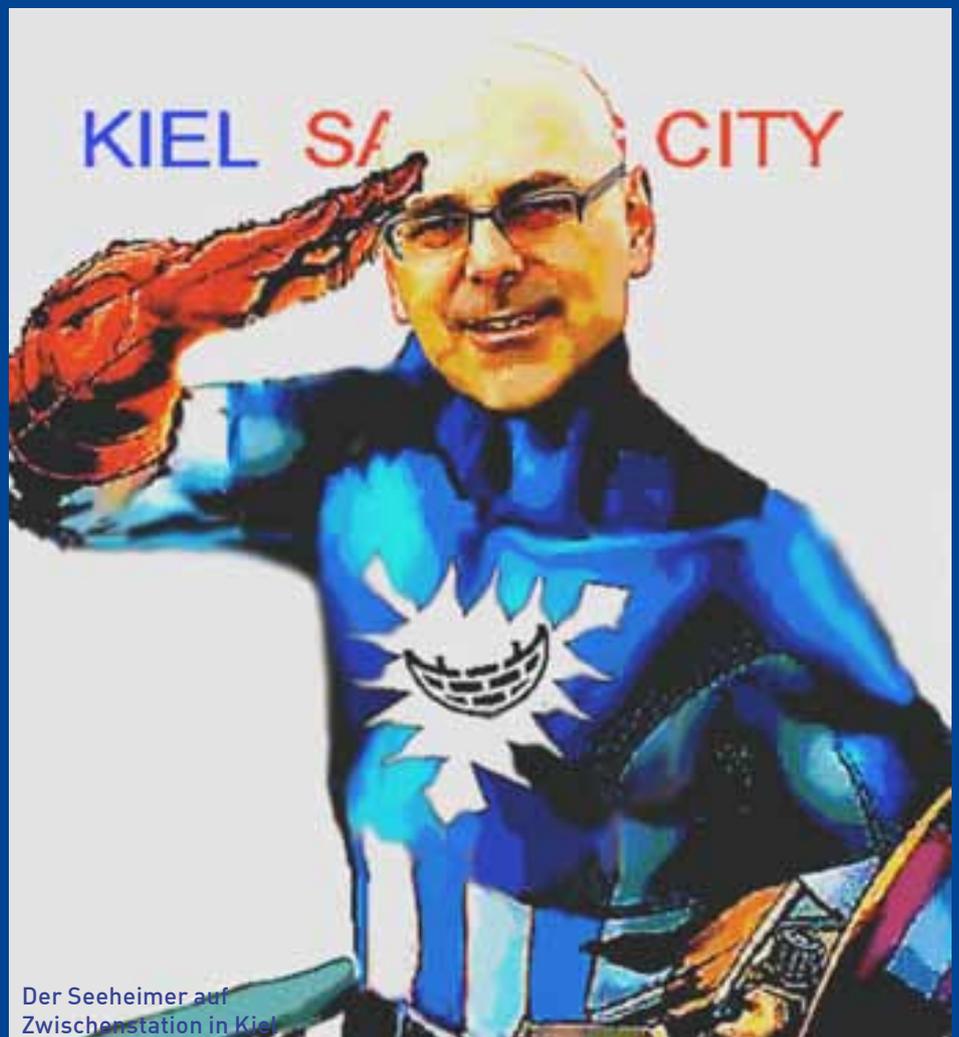
Falls mit „Defizite“ gemeint sein sollte, dass Kiel nach den Zerstörungen im Kriege wieder aufgebaut und dabei stellenweise nicht sonderlich schön geraten ist, dann hätte das jeder, wirklich jeder sagen können. Dafür hätte es keine schlechten Slo-

gans der Marketingexperten gebraucht. Seit vielen Jahren setzen die Politiker auf Imagepflege. Die Probleme werden nicht angegangen, sondern es wird nur ein Bild suggeriert, wonach es so scheint, als würden Probleme gelöst. Was herauskommt, wenn statt Stadtplanung Marketing betrieben wird, lässt sich an „Kai-City Kiel“ ablesen. Es handelt sich aus architektonischer Sicht um ein dem Grunde nach gescheitertes Projekt, besieht man sich die in einer Brache stehenden Betonklötze auf der Ostseite der Hörn. Nicht gerade ein Referenzpunkt für Kiel! Für Investoren, so windig sie auch sein mögen, wurde und wird der rote Teppich ausgerollt. Vor rund zehn Jahren wurde für die „Kai-City Kiel“ erfunden und die Werbetrommel gerührt. Bis heute hat diese „Marke“ in Kiel keine

Verankerung gefunden. Die Stadtoberen verließen sich auf den MobilCom-Unternehmer Gerhard Schmid, der „Leben und Arbeiten am Wasser“ versprach. Als die Blase geplatzt und Schmid pleite war, konnte die Stadt immerhin die Schuld für das Desaster bei anderen suchen.

Die Landeshauptstadt schmückt sich nach Kai-City jetzt mit Slogans wie: „Education City“, „Meer erleben“ ... und natürlich „Kiel. Sailing City“. Die Kieler Kurzzeit-Wirtschaftsdezernentin fand „Kiel.Sailing City“ nicht mehr up to date, weil das Image der Stadt zu sehr aufs Segeln eingrenzt werde. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird eine der Stadt langjährig bekannte Werbeagentur bald einen neuen Slogan für Kiel entwickeln, um im Wettbewerb mit anderen Phrasen dreschenden Städten mithalten. Und wahrscheinlich ist die Losung genauso hohl wie alle anderen auch.

*© Wir in Kiel



Der Seeheimer auf
Zwischenstation in Kiel

Kieler Sozialstaffel

Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit

Im September 2008 erkannten die VertreterInnen von CDU, SPD, Grünen und FDP auf einer Podiumsdiskussion das Problem und dringenden Handlungsbedarf, aber es passierte nichts.

Im Frühjahr 2009 wurde auf Einladung des Forums Alleinerziehender die Ungerechtigkeit der Sozialstaffelung dargestellt und an mehreren Beispielrechnungen deutlich gemacht. Auch hier waren sich wieder alle PolitikerInnen einig, dass dringend gehandelt werden müsse, aber es passierte nichts.

Im November 2009 brachte die Ratsfraktion Direkte Demokratie einen Antrag ein zur Befreiung von ALG II-BezieherInnen und AufstockerInnen und zur Anhebung der gesamten Staffel, um auch Geringverdienende zu entlasten. Dieser Antrag wurde um sechs Monate zurückgestellt, um eine geschäftliche Mitteilung der Verwaltung zu möglichen Szenarien abzuwarten.

Im März 2010 fordert der Landesrechnungshof für ganz Schleswig-Holstein ein einheitliches und transparentes Verfahren. Wie der Rechnungshof außerdem feststellte, müsse ein „nicht unwesentlicher Anteil der bestehenden Kindergartengebührenschilden abgeschrieben werden, da die Betroffenen nicht in der Lage sind, zu zahlen. Im Jahr 2008 waren es 3 Millionen Euro, die sinnlos gemahnt wurden und somit unnötige Verwaltungskosten verursachten.

Im April 2010 rechnet die Verwaltung der Stadt Kiel in der geschäftlichen Mitteilung verschiedene Varianten vor. Die für Kiel billigste Variante unterschlägt die Möglichkeit, Menschen unbürokratisch freizustellen, deren Bedarf mit den jeweils möglichen Freibeträgen ohnein bereits vom Jobcenter ermittelt wurde. Die geschäftliche Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen, weiter passierte nichts.

Im Mai 2010 lag der Antrag der Ratsfraktion Direkte Demokratie aus dem November 2009 erneut vor. In der Ratsversammlung war die Notwendigkeit der Anpassung der Sozialstaffelregelung un widersprochen. Es ging lediglich um die Frage, welche Variante gewählt werden soll – dennoch: der Antrag der Direkten Demokratie wurde abgelehnt.

Im Juli 2010 stellte die Ratsfraktion Direkte Demokratie erneut einen Antrag, um in Form einer Übergangsregelung ab dem Kindergartenjahr 2010/11 wenigstens die BezieherInnen von Transferleistungen von den Gebühren zu befreien. Dieser Antrag wurde in den Jugendhilfeausschuss überwiesen. Im September 2010 liegt im Jugendhilfeausschuss ein Alternativantrag der SPD-Ratsfraktion als Tischmaterial vor. Die Direkte Demokratie freut sich, da dieser sogar noch weitergehend ist, also eher dem ersten Antrag vom November 2009 entspricht und zieht ihren eigenen zurück. Der Alternativantrag wird beschlossen und in der folgenden Ratsversammlung vorgelegt. Hier wird er allerdings von CDU und FDP vertagt und stand somit erst im Oktober wieder an.

Im Oktober 2010 wurde nun endlich eine Übergangsregelung geschaffen, nach der die Familien, die heute 10 bzw. 20% der Beiträge zahlen müssen, von der Gebühr befreit werden, womit im Übrigen nur der Rechtslage Genüge getan wird. Dank der Hartnäckigkeit der Ratsfraktion Direkte Demokratie ist nun endlich Bewegung ins Rathaus gekommen und es wird tatsächlich an Lösungen für eine endgültige, gerechtere Sozialstaffel zum nächsten Kindergartenjahr gearbeitet.

Warum die Kieler Sozialstaffel geändert werden muss

Die Sozialstaffel regelt die Ermäßigung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und die geförderte Tagespflege. Bei der Berechnung der Ermäßigung kam es bislang nur auf die Gesamthöhe der monatlich vorhandenen Geldmittel (dem Familieneinkommen) und die Anzahl der im Haushalt lebenden Familienmitglieder an. Dies ist für ALGII-EmpfängerInnen, AufstockerInnen und Alleinerziehende fatal. Ein Beispiel verdeutlicht die Problematik der Sozialstaffel: Ein KiTa-Platz kostet im Monat 240 Euro. Ein alleinerziehender Vater mit einem Kind wird als 2-Personen-Haushalt von diesen KiTa-Gebühren befreit, wenn die Einkommensgrenze von 1.000 Euro nicht überschritten wird. Da jedoch der Mietzuschuss ebenso zum Familieneinkommen gerechnet wird wie der „Mehrbedarfszuschlag für Alleinerziehende“, wird diese Grenze schnell überschritten. Dann werden anteilige KiTa-Gebühren erhoben. Von dem Mietzuschuss hat der Vater nichts, dieser geht ja an den Vermieter. Und der Mehrbedarfszuschlag dient eigentlich dem Ausgleich der besonderen Belastungen Alleinerziehender. Die Einberechnung in das Einkommen stellt daher eine besondere Härte dar, denn der Mehrbedarfszuschlag kommt nicht Vater und Kind zugute, sondern geht als Gebühr an die KiTa.

Hat der Vater eine schlecht bezahlte Arbeit, so dass sein Lohn aufgestockt werden muss, so gibt es zwar beim Bezug von ergänzendem ALG II Freibeträge, nicht aber bei der Ermäßigung der KiTa-Beiträge. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wird quasi „bestraft“. Eltern mit geringem Einkommen geraten durch die anfallenden KiTa-Gebühren sogar unter das Existenzminimum. Dies hat zur Folge, dass Kinder aus einkommensschwachen Haushalten nicht in den Kindergarten geschickt werden oder aber sich die Mütter und Väter bei der Stadtkasse verschulden. Da es so nicht weitergehen kann, müssen die Einkommensgrenzen angehoben werden, um Geringverdienende zu entlasten.

Hartz IV-EmpfängerInnen, AufstockerInnen und Kindergeldzuschlag-BezieherInnen sollen unbürokratisch bei Vorlage des jeweiligen Bescheides freigestellt werden. Da der Bedarf und eventuelle Zuschläge bereits von den zuständigen Ämtern berechnet wurden, erfolgt die Befreiung der KiTa-Gebühr bei Einreichung des Bescheides. Durch diese Verwaltungsvereinfachung und das Wegfallen der Mahnverfahren würde Arbeitszeit und damit – an der richtigen Stelle! – Geld gespart werden.



© Stephanie Hofschlaeger/PIXELIO.de

Stadtpolitik ohne sozialen Ausgleich

Aktiv und Innovativ? Wirtschaft fördern und hoffen, dass am Ende etwas für die Habenichtse abfällt? Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die sozialräumliche Ausgrenzung gesamtgesellschaftliche bzw. gesamtstädtische Ursachen hat, die sich in Kiel in den Stadträumen Gaarden und Mettenhof konzentrieren. Die Ursachen und die Prozesse, die zu den Armutsquartieren führen, tauchen in den Überlegungen zum Wirtschaftsbüro nicht auf. Sie sind auch nicht der Gegenstand der städtischen Sozialpolitik. Stattdessen wird die Konzentration von Benachteiligungen als Problem der jeweiligen Stadtteile identifiziert und lautstark so getan, als ob eine „quartiersbezogene“ Politik die Probleme beheben könne. Eine solche Orientierung der Stadtpolitik akzeptiert den Prozess einer dauerhaften sozialen Ausgrenzung und ignoriert die gesamtstädtischen Prozesse, die zur Konzentration von Armut und Reichtum und damit zur Ausgrenzung von Bewohnerinnen und Bewohnern führen. Eine Aufwertungspolitik dieser „Quartiere“ ist bestenfalls ein Herumdoktern an Symptomen. Das Ziel, nämlich die zahlenmäßige Senkung der Empfänger von Transferleistungen dieser Stadtteile wird so nur durch deren Verdrängung erreicht. Nicht die Armut, sondern die Armen werden bekämpft.

Eine wirksame soziale Stadtpolitik benötigt einen gesamtstädtischen Ansatz. Ziel kann nur der ursachennahe Ausgleich von sozialen Benachteiligungen mit dem Ziel der Integration aller Bevölkerungsteile sein. Die „Soziale Stadt“ ist nur mit Blick auf die Stadt als Ganzes zu erreichen – das geht nur mit der Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialräumlicher Polarisierung, die alle Möglichkeiten der Landes- und Stadtpolitik und die Quartiersarbeit einbezieht. Die ganze Aufmerksamkeit der Stadtpolitik muss den gesellschaftlichen Ursachen und Prozessen gelten, die sozial und kulturell ausgrenzen. Den Menschen, die hiervon unmittelbar und existenziell betroffen sind, wird nicht geholfen, wenn man sie wie Objekte behandelt. Eine soziale Politik muss emanzipatorisch sein und den Menschen helfen, den Status des selbstbestimmten Bürgers zurückzugewinnen. Eine Stadtpolitik, die an sozialer Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich interessiert ist, muss die Lebensumstände dieser Bevölkerungsgruppen zum Gradmesser ihrer Politik machen. Dabei geht es darum, für die Benachteiligten und

insbesondere für die betroffenen Kinder wieder Chancengleichheit herzustellen. Das heißt konkret auch im „Aufwertungsgebiet“ Gaarden, jede Möglichkeit und Form der Vertreibung programmatisch auszuschließen. Die Stadtpolitik darf nicht nur so tun als ob, sondern muss eine verbindliche Verpflichtung eingehen. Ressourcenverteilung muss sozialkompensatorisch konkret diejenigen Bevölkerungsgruppen und Stadtteile erreichen, die benachteiligt sind. 1-Euro-Jobs und wie auch immer geartete Formen von „Bürgerarbeit“ sind dazu völlig ungeeignet. Für die Schulpolitik in Gaarden und Mettenhof heißt das konkret, mehr Finanzmittel für Lehrerinnen und Lehrer und kleinere Klassen zur Verfügung zu stellen.

„Das Konzept sei aktive und innovative Wirtschaftspolitik im Sinne der Ratsmehrheit, freuten sich Falk Stadelmann (SPD) und Lutz Oschmann (Grüne) im Ausschuss. Hier Geld in die Hand zu nehmen, um den Stadtteil aufzuwerten und die Zahl der Leistungsempfänger zu senken, sei auch haushaltspolitisch vorausschauend.“*

Die Mittel für Einrichtungen der Gesundheitsversorgung oder der Jugend- und Sozialarbeit müssen den Erfordernissen sozial benachteiligter Gebiete angepasst – also erhöht – werden. Über Fragen der Ressourcenzuteilung hinaus muss es einer demokratischen Stadtpolitik darum gehen, gezielt mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, die von Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind, ins Gespräch zu kommen, ihre Bedürfnisse und ihre Ausgrenzungserfahrungen zu erfassen und sie an der Stadtpolitik zu beteiligen. Sie sind einerseits diejenigen, die in besonderem Maße von sozial-, wohnungsbau-, bildungs- oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betroffen sind. Zum anderen sind sie wegen der nur sehr formalen Beteiligung am wenigsten erfasst und haben so gut wie keine Stimme in der Öffentlichkeit. Es genügt nicht, Vorstellungen zu formulieren, wie benachteiligten Wohngebieten und ihren Bewohnerinnen und Bewohner „geholfen“ werden soll. Das macht sie lediglich zu Objekten, über die verfügt wird. Richtig ist, die Bedürfnisse und Forderungen in Bezug auf die Schulausstattung, den öffentlichen Nahverkehr oder die Wohnungs- und Mietensituation der Betroffenen im Stadtviertel genau zu ermitteln. Eine stärkere Zielgruppenorientierung auch in der Beteiligung ist sinnvoller als die bisherigen Beteiligungsmomente der Stadtplanung oder des Quartiersmanagements, die

im Endeffekt doch vor allem ressourcenstarke Haushalte bei der Durchsetzung ihrer Interessen begünstigen. Eine aktive Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen braucht nicht nur eine angemessene Ansprache und bevorzugende Beteiligung bestimmter betroffener Zielgruppen, sondern echte Beteiligungsanreize und rechtzeitig frühe Mitbestimmung zu zentralen Fragen der Stadtplanung und nicht erst und lediglich zur Umsetzungsebene eines konkreten Einzelprojektes. Beispielhaft können hier professionell vorbereitete repräsentative Haushaltsbefragungen sein, wie sie im Bereich des Stadtmarketings bzw. der Einzelhandelsentwicklung auch von der Stadt finanziert werden.

Auf längere Sicht ist eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt nur möglich, wenn es gelingt, zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Stadt einen Ausgleich zu erreichen. Funktionierende und lebendige Stadtquartiere, gute Gesundheits- und Bildungsversorgung, Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger – kurz die Lebensqualität in der Stadt ist von der Integration aller Bevölkerungsschichten abhängig. Die Wiederaneignung der Stadt für die zurzeit Ausgegrenzten ist damit ein Projekt für alle Bürgerinnen und Bürger. Eine Politik, die dazu beiträgt, dass ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen gesellschaftlich integriert, liegt auch im Interesse der Bevölkerungskreise, die bislang von Ausgrenzung und sozialem Abstieg nicht unmittelbar betroffen sind. Denn schließlich sind bessere Bildungschancen an öffentlichen Schulen, bezahlbarer Wohnraum im Stadtteil, weniger Arbeitslosigkeit und niedrigere Kosten für Sozialtransfer die Rahmenbedingungen dafür, dass Lebensqualität für alle Kielerinnen und Kieler erreicht werden kann.

*KN 26.08.2010

Ursachen



Folgen

Kann Kreativität Kommerz kreieren?

„Nenn dich nicht selbst „kreative Stadt“ – lass’ das andere durch ihren Respekt vor dem Erreichten machen. Städte, die nach einer Musterlösung für ihr Kreativimage greifen, machen ironischerweise das Gegenteil von dem, was erforderlich ist“.*

Nach vielen anderen deutschen Städten hat nun auch die Stadt Kiel das strategische Ziel „kreative Stadt“ ausgerufen und bezieht sich dabei wie alle anderen Städte auf den US-Stadtgeografen Richard Florida.

Floridas Thesen folgend muss die Stadt eine Art kreatives Klima schaffen, eine Atmosphäre, die eine Stadt zu einer lebenswerten macht. Dann kommt es Florida zufolge, dass die wirklich qualifizierten Menschen neu in die Stadt ziehen oder nicht wegziehen.

Die stadtpolitischen Akteure widmen sich vermehrt dem „Kreativen“ oder „Kulturellen“ und auch in Kiel soll jetzt die Verwaltung einen Bericht vorlegen, der einen vollständigen Überblick über die Kreativ- und Innovationswirtschaft in Kiel gibt.

Die Repräsentanten dieses neuen Politikfeldes sind Politiker auf der einen und Wirtschaftsförderer auf der anderen Seite. Beide agieren als Regisseure, die Stadt ist ihre die Bühne, das Drehbuch liefert Richard Florida und am Ende steht ein Übersetzungsmechanismus bei der aus einem Modell von Welt, eine Welt nach einem Modell wird.

Es drängt sich die Frage auf: funktioniert das? Widerstand kommt von Kreativen, Künstlern, Erfindern, Architekten, Medienschaffenden. In Hamburg erschien das über die deutschen Grenzen hinaus beachtete Manifest „Not in Our Name“: „Ein Gespenst geht um in Europa, seit der US-Ökonom Richard Florida vorgerechnet hat, dass nur die Städte prosperieren, in denen sich die „kreative Klasse“ wohlfühlt. Wir nehmen uns das Recht auf Stadt – mit all den Bewohnerinnen und Bewohnern Hamburgs, die sich weigern, Standortfaktor zu sein.“

Auch die in Kiel inszenierte Kulturdebatte und die daraus abgeleitete städtische Politik richtet sich nur an ein sehr kleines Kli-

entel. Legitimationsprobleme räumt man aus dem Weg mit der Behauptung, man stimulare das Wirtschaftswachstum der gesamten Stadt. Es wird suggeriert, es ginge um Kunst und Kultur und damit auch um Künstler und Kulturschaffende. Aber kennt man denn überhaupt deren Interessen?

Die Kulturpolitik gibt sich als Interessenvertretung aller Künstler und Kreativen aus, was sie aber nicht ist. Die Kulturschaffenden selbst sind nie in die Konzeptionierung der ‚Kreativen Stadt‘ einbezogen worden. Unbeantwortet bleibt die Frage nach der Autonomie der Kunst. Wenn Kunst im Rahmen der Wirtschaft stattfindet, dann überlebt nur das, was vermarktet, was verkauft werden kann? Wie steht um das Verhältnis zwischen Kunst/Kultur/Politik und Wirtschaft? Vor der Aufklärung hatte die Kunst kirchlichen und weltlichen Herrschern zu dienen – und heute der Wirtschaft? Nicht zufällig kreist ein großer Teil der Kreativitätsdebatte darum, wie die Kreativen definiert werden? Wer gehört dazu? Und wer nicht?

Der Städteforscher Charles Landry beschreibt die Grundvoraussetzungen für Kreativität. Dabei spielt eine stabile soziale Umwelt eine wesentliche Rolle. Eine Umwelt, die Sicherheit zum zweckunabhängigen Handeln gibt. Das heißt, Kreative haben nur dort Freiräume, ihre Ideen auszuprobieren, wo das Risiko gering ist, ob ihrer Arbeit politisch, ökonomisch und sozial sanktioniert zu werden. Damit meint Landry keine kontrollierten Zwischenlösungen, sondern eine Haltungsänderung. Nach Landry muss die Zivilgesellschaft zweckfreie Kreativität unterstützen, indem sie die Bühnen für freie Kommunikation bereitstellt und freie Organisationen unterstützt.

Landry beschreibt konkrete Schritte zur Schaffung individuelle Kreativität fördernder Stadträume und [C. Landry, a.a.O. S. 198f]:

1. Good practice ist die unterste Ebene von Kreativität und beinhaltet die Übernahme von Best Practice Beispielen für die eigene Stadt.
2. PPP-Projekte werden kopiert oder es werden sogenannte „Waterfront developments“ (z.B. Hafenfesta la Hamburg) initiiert.
3. Best Practice ist ein wenig kreativer und bedeutet nicht nur zu kopieren, sondern sich zu überlegen, was man noch machen könnte. Man übernimmt nicht nur Beispiele, sondern verbessert sie wenigstens ein bisschen.
4. Innovativer Wandel ist die Schaffung von Kulturräumen. Das bedeutet nach Landry die Möglichkeit der Nutzung alter Fabrikgebäude und von Leerständen für Künstler und Kreative.
5. Paradigmatischer Wandel wird durch kreative Ideen initiiert, die Probleme als Gelegenheiten auffassen. Beispiel sind die Nutzung von Abfall als Ressource oder die Bewertung von sozialen Bewegungen als innovative Kraft. Hier muss natürlich die Frage gestellt werden, ob nur es dabei um die bloße Vereinnahmung im Sinne der Stadt und der Stadtpolitik geht, die keinen paradigmatischen Wandel darstellt.
6. Der meta-paradigmatisch Wandel zeichnet die kreativsten Städte aus. Städte die bereit sind, einen nachhaltigen Wandel städtischen Lebens voranzutreiben und deren Realität von der ganzen Palette ökonomischer und sozialer Faktoren, die mit dem Thema Nachhaltigkeit bestimmt ist.

Wo ist Kiel ist auf dieser Liste?

[„Not in our name“ auf: <http://nionhh.wordpress.com/about/#comment-189>]

*Charles Landry:
The Art of City-Making, 2000, S. 422

Kiel kann mehr

In maritimer Wirtschaft und Wissenschaft an der Förde zu arbeiten ist wichtiger als nur an der Förde zu wohnen. Die Stadt sollte ihr Potential an der Förde nicht verspielen.

Wussten Sie, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung auf einem Küstenstreifen von weniger als 60 km dicht am Meer leben? In Schleswig Holstein trifft das wegen der besonderen Lage zwischen den Meeren sogar für alle Bürger zu. Kiel ist die einzige Landeshauptstadt Deutschlands mit einem direkten Zugang zum Meer. Die Stadt hat einen einzigartigen Tiefwasseranleger für große Schiffe, der den Wirtschaftsstandort nachhaltig geprägt und die Ansiedlung hochwertiger maritimer Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze, sowie Ausbildungs- und Forschungsplätze begünstigt hat. Kieler Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen in und an der Christian-Albrechts-Universität und der Fachhochschule befördern herausragende Entwicklungen

und erzielen beachtliche Fortschritte in der maritimen Wissenschaft, Technik und Produktion. Die in unserer Stadt ansässigen, maritim geprägten Industrie- und Dienstleistungsbranchen sowie die darauf ausgerichteten wissenschaftlichen Institutionen und Einrichtungen sind von herausragender wissenschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Stärke.

Kiel hat sich als maritimen Standort sowohl national und international einen hohen Bekanntheitsgrad verschafft. Die Kieler Woche setzt dem Erfolg noch so etwas wie eine sportliche und werbende Schaumkrone auf. Es wird auch in Zukunft eines politischen Gestaltungswillens bedürfen, um die Geschicke auf gutem Kurs zu halten. Wichtigstes Ziel unserer Kommunalpolitik muss deshalb sein, alles daran zu setzen, dass gut ausgebildete junge Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten gerne hier leben und sich einsetzen wollen. Das fordert die Unterstützung für ein breit gefächertes Bildungsangebot von

der Schule über die Ausbildungsbetriebe bis zur Universität. Trotz vieler vollmundiger Erklärungen sind diese Stärken als wichtige Qualität in unserer Stadt nicht wirklich im Bewusstsein der Kommunalpolitik angekommen oder werden als selbstverständlich abgebucht.

Es kommt doch darauf an, auch das Ererbte in der Gegenwart zu pflegen und für die Zukunft wetterfest zu machen. Die Stadt darf dabei nicht ihr Potential an der Förde verspielen, sondern muss endlich erkennen, dass ihre gegenwärtigen und künftigen Ressourcen im und am Wasser liegen. Von den Fördegrundstücken müssen Einwohner, Touristen und ansässige maritime Betriebe profitieren. Sie für Luxuswohnungen oder teure Eigenheime herzugeben heißt, sie unter Wert zu verkaufen. Mit wenigen, die auf die Förde gucken und an der Förde schlafen, wird Kiel keine nachhaltige Entwicklung initiieren.

Adieu Madame - eine Wirtschaftsdezernentin ohne Visionen

Nur 8 Monate hat es die sozialdemokratische Wirtschaftsdezernentin Ute Berg in Kiel ausgehalten. Nun hat Köln mehr zu bieten als Kiel.

Erst im Mai 2010 hatte sich die ehemalige Bundestagsabgeordnete in der Ratsversammlung der Kieler Öffentlichkeit vorgestellt: nüchtern und ohne Begeisterung oder gar zündende Ideen. Sie sprach von der „spannenden Aufgabe“, die sie in Kiel erwartete und kehrte die international gut vernetzte „Wirtschaftsbotschafterin“ heraus.

Von ihrem Engagement ist nur ihre Reise nach China im August in Erinnerung geblieben, von der sie ohne greifbare Ergebnisse, aber wenigstens gut gelaunt zurückkam.

Den Wechsel von der Politik in die Verwaltung beschrieb sie schon nach wenigen Wochen als schwierig. Als wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag erfüllt vielleicht man die formalen Anforderungen einer solchen Stelle, ist aber deshalb nicht a priori befähigt, der kommunalen Wirtschaftspolitik Impulse zu verleihen.

Dass Frau Berg jegliche Begeisterung und Selbstidentifikation für ihr Amt vermissen ließ und weder konkrete Schritte noch Ideen oder gar Visionen einbrachte, konnten selbst Fachfremde schnell wahrnehmen. Ganz gleich wo sie als Kieler Wirtschaftsdezernentin auftrat, konnte sie weder Kieler Bürger, noch Hochschüler geschweige denn Kieler Unternehmer überzeugen. Bleibt die Frage, warum Oberbürgermeister Albig Frau Berg nach Kiel geholt hat. Ging es darum, das kommunale rot-grüne Lager zu stärken? Wurde deshalb ein durchaus geschätzter Stadtrat geopfert? Ging es darum, einer Genossin mit Karriereknick zu helfen, getreu dem Kölner Motto: „Man kennt sich, man hilft sich“? Angeblich wurde Frau Berg von einem Headhunter für den Kölner Job gefunden. Das glauben nur Jekken, die meinen, in der SPD spreche man nicht intern über frei werdende Posten.

„Alles ist auf gutem Weg“ war die häufig zu hörende Antwort von Frau Berg. Das war nicht ausreichend, schon gar nicht für eine Wirtschaftsdezernentin! Zumindest trifft ihr Lieblingssatz für die Entscheidung Kiel zu verlassen zu - da ist sie wirklich „auf gutem Weg“.



KIEL IN ZAHLEN

Soziales

- Fast 20 % der Bevölkerung Kiels sind von Armut betroffen.
- 14,1 % der Kielerinnen und Kieler erhalten staatliche Unterstützung.
- Jedes 3. Kind in Kiel lebt in monetärer Armut.
- 4,1 % der Haushalte werden als überschuldet eingeschätzt.
- 2009 suchten fast 79% mehr Haushalte (gegenüber 2003) die Schuldnerberatungsstellen auf.
- ca. 3.600 1-Euro-Jobs sind derzeit in der Landeshauptstadt vergeben.
- Zwischen 50% und 80% der 1-Euro-Jobs verdrängen reguläre Arbeitsplätze.

Wirtschaft

- Kieler Woche: LH Kiel gibt dafür 800.000 Euro aus. Die Kieler Wirtschaft fährt einen Mehrwert von 30 Mio. Euro ein. Laut OB Torsten Albig ist der Mehrwert für Kiel nicht messbar.
- Flughafen Kiel: Die Stadt Kiel bezuschusst den Flughafen jährlich mit 377.452 Euro; das Land mit 922.548 Euro.
- Drei auf dem Flughafen ansässige Unternehmen machen nach eigenen Angaben einen Jahresumsatz von rund 12 Mio. Euro.
- Das Gewerbesteueraufkommen im Jahre 2010 beträgt 97,4 Mio. Euro. 2008 waren es noch 140 Mio. Euro.

Wohnen

- Ca. 62.200 Haushalte in Kiel liegen innerhalb der gesetzlichen Einkommensgrenzen der Wohnraumförderung Schleswig-Holsteins. Dem steht ein geschätztes Angebot von rund 39.000 Wohneinheiten gegenüber, was den Engpass an preisgünstigem Wohnraum deutlich macht.
- Anzahl der Sozialwohnungen derzeit 7.692; 1988 waren es noch 30.000.
- 50 % der Wohnungen in Gaarden sind modernisierungsbedürftig.
- 1/3 der Wohnungen im sonstigen Stadtgebiet haben Modernisierungsbedarf.

Kieler Hafen

- Nach Empfehlung der EU-Kommission an die Länder sollen die Schiffe ab 2010 mit Landstrom versorgt bzw. im Hafen nur noch Treibstoffen mit 0,1 % Schwefelgehalt verwendet werden. Im Kieler Hafen können die anlandenden Schiffe bis heute nicht mit Landstrom versorgt werden.

Bildung

- Schulabgänger ohne Schulabschluss: Kiel 8,1 %; Schleswig-Holstein 6,8 %; Bundesdurchschnitt 6,5 %.
- Schulabgänger mit Hoch- und Fachhochschulreife: Kiel 35,6%; Schleswig-Holstein 27,5 %; Bundesdurchschnitt 31,5 %.